

gelesen

Karl Schwarz

Familienpolitik ist die beste Sozialpolitik

Max Wingen: Bevölkerungsbewusste Familienpolitikgrundlagen, Möglichkeiten und Grenzen. *Publikation des Instituts für Ehe und Familie, Nr. 14. Panorama Verlag, Wien 2003. 89 Seiten, 10 Euro.*

Kurt-Peter Merk: *Die dritte Generation – Generationenvertrag und Demokratie, Mythos und Begriff, Schaker Verlag, Aachen 2002. 190 Seiten, 24,80 Euro.*

Ockenfels, Wolfgang (Hrsg.): Familien zwischen Risiken und Chancen – Tagung der internationalen Stiftung HUMANUM-Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh, 2001, Humanum; Band 1, 233 Seiten, 25,20 Euro.

Es hat sich inzwischen mühsam und mit jahrzehntelanger Verzögerung herumgesprochen, dass aus der demografischen Entwicklung schwer wiegende Folgen für viele Bereiche der Ge-

sellschaft zu erwarten sind. Das ist zwar nicht neu, wurde aber bisher aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Damit ist es jetzt vorbei. Stichworte sind vor allem die zunehmende Alterung der Bevölkerung und die hiermit verbundenen Probleme der Finanzierung der Sozialsysteme bei abnehmendem Erwerbspotenzial. Auslöser sind die zunehmende Lebenserwartung und die stark abgenommenen Kinderzahlen, die im Mittelpunkt der Überlegungen von Wingen stehen. Von den heute vierzigjährigen Frauen sind fast dreißig Prozent kinderlos geblieben, und nur noch vierzehn Prozent haben drei oder mehr Kinder. In den großen Städten beträgt der Anteil der Kinderlosen sogar vierzig Prozent, was auch dem Anteil der kinderlos gebliebenen Akademikerinnen unter den Vierzigjährigen entspricht. Kinder zu haben ist also nicht mehr selbstverständlich. Das steht in krassem Widerspruch zu dem Ergebnis von Meinungsum-

fragen über den Kinderwunsch, auf das sich die Familienpolitik immer noch stützt, die daher nicht recht glauben kann, dass von den zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes notwendigen Neugeborenen schon seit 25 Jahren rund ein Drittel fehlt und somit der Bevölkerungsstand nur erhalten werden kann, wenn in den kommenden Jahren Millionen von Zuwanderern in Deutschland Aufnahme finden. Wingen geht der Frage nach, was getan werden könnte, um im Rahmen der Familienpolitik zu einer Veränderung des generativen Verhaltens zu gelangen.

Er muss sich dabei des Verdachts erwehren, Kinder sollten „gekauft“ werden, es sei also verwerlich, die Erfüllung des Kinderwunsches an materielle Vorteile wie Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, die arbeitsrechtlichen Vorteile des Erziehungsurlaubes, die Verbindung von Wohnungsbauförderung und Kinderzahl und ähnliches

mehr oder gar Ehegründungsdarlehen mit der Möglichkeit des so genannten Abkinderns zu verknüpfen. Dabei wird an die Zeiten des Nationalsozialismus oder der DDR erinnert, in denen die pronatalistischen Zielsetzungen offen ausgesprochen wurden. Aus Furcht, missverstanden zu werden, und mit der Begründung, Familienpolitik dürfe nicht für pronatalistische Ziele missbraucht werden, gab es daher bisher keine Bundesregierung, die offen erklärt hätte, dass sie mit ihrer Familienpolitik auch das Ziel verfolge, die Frauen und Männer dazu zu ermutigen, Mütter und Väter zu werden. Wenn noch heute erklärt wird, Familienpolitik dürfe nicht dazu dienen, zu einem Instrument unüberlegten Kinderwunsches zu werden, so ist das geradezu lächerlich und im Ausland so schon immer gesehen worden. Eher hat man heute von der Familienpolitik den Eindruck, dass es ihr weniger um Sozialpolitik für die Familie zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit als um Frauenpolitik geht. Dabei wird offensichtlich völlig verkannt, dass jede Gesellschaft zum Überleben auf Nachwuchs angewiesen ist.

Mit Recht fragt aber auch Wingen danach, ob es Beweise dafür gibt, dass

die gegenwärtige Familienpolitik überhaupt in der Lage ist, pronatalistische Wirkungen zu entfalten. Die Beweise dafür sind nicht sehr überzeugend. Selbst in der früheren DDR ist es offensichtlich nicht gelungen, das so genannte Bestandserhaltungsminimum von durchschnittlich zwei Kindern je Frau nach abgeschlossener Familienbildung zu erreichen. Im alten Bundesgebiet setzt man heute auf einen Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuungseinrichtungen, damit mehr Frauen als bisher Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit miteinander verbinden können. Die Vorbilder sind Frankreich und die skandinavischen Länder. Aber auch hier werden die früheren Kinderzahlen nicht mehr erreicht. Wingen weist daher am Schluss seiner Schrift sehr deutlich darauf hin, dass es eines gesellschaftsreformerischen Ansatzes bedarf, um die aus dem Geburtenrückgang entstandene Krise der Gesellschaft zu beheben. Dazu erscheint unerlässlich, dass Ehe und Familie einen neuen Stellenwert erhalten. Sollte es dabei bleiben, dass – wie heute – ein Drittel der Deutschen zeitlebens ehe-los ist und in den Großstädten jede zweite Ehe geschieden wird, ist

Deutschland davon weit entfernt. Diejenigen, welche Ehe und Familie für nicht mehr zeitgemäße Formen des Zusammenlebens halten, dürfen nicht Recht behalten.

Generationenvertrag und -gerechtigkeit

Im Zusammenhang mit der nicht abreißenden Diskussion um die Zukunft der fast ganz im Umlageverfahren durch Beiträge und Steuern finanzierten Alterssicherungssysteme spielt der „Generationenvertrag“ eine wichtige Rolle. Der Begriff ist als „Dreigenerationenvertrag“ schon vor fünfzig Jahren durch Wilfried Schreiber in die Debatte um die nach dem Zweiten Weltkrieg notwendig gewordene Reform der Rentenversicherung geworfen worden und sorgt immer noch für heftige Diskussionen, die vor allem von den kinderlos Gebliebenen wach gehalten werden, die nicht einsehen können und zumeist auch nicht einsehen wollen, dass eine Gesellschaft nur überleben kann, wenn die mittlere Generation der „Verdiener“ sowohl für die nicht mehr erwerbstätigen Senioren als auch für Nachwuchs sorgt, der eines Tages, wenn sie alt geworden ist, ihren Lebensunterhalt übernimmt. Adenauer soll aus Anlass der Rentenreform 1957 ge-

sagt haben, Kinder hat man zu haben, also brauche sich die Politik um die den Familien durch Kinder entstehenden vielfältigen materiellen Kosten nicht zu kümmern.

Dass das Bundesverfassungsgericht sich in den letzten Jahren dreimal im Sinne des „Generationenvertrages“ für mehr Generationengerechtigkeit ausgesprochen hat, wurde bisher entweder nicht ausreichend zur Kenntnis genommen oder nicht verstanden. So ist eine Lage entstanden, bei der man sagen kann: „Logischerweise braucht die Gesellschaft zum Überleben Kinder; es müssen aber nicht die eigenen sein. Lass die anderen Kinder haben, mir genügen Rechtsansprüche.“

Ein großer Vorzug des Buches von Merk ist darin zu sehen, dass es sich mit weit mehr als mit dem Umlageverfahren in der Sozialversicherung beschäftigt. Vorangestellt ist eine Auseinandersetzung mit den Lasten zukünftiger Generationen aus der immer größer werdenden Staatsverschuldung. Er beschäftigt sich weiter mit den Umweltproblemen, welche die Heutigen ihren Nachkommen hinterlassen, und schließlich mit den Ursachen des „Egoismus der Generationen“. Er führt diesen hauptsächlich darauf zurück, dass

der heutige Verfassungsstaat ein Repräsentationsdefizit aufweise; denn Kinder und Jugendliche hätten keine Möglichkeit, ihre Interessen durch Wahlen zum Ausdruck zu bringen. Er kommt so automatisch zur Forderung der Einführung eines „Familienwahlrechts“, das auch die von den Eltern abgegebenen Stimmen der noch nicht wahlberechtigten Kinder vorsieht.

Auch wenn dem Leser nicht zugemutet werden kann, gerade hier den Vorschlägen des Verfassers immer zu folgen, so wird er das Buch doch mit außerordentlichem Gewinn studieren. Vor allem wird es aber denjenigen empfohlen, die bisher immer noch nicht in der Lage waren, dem Konzept des „Dreigenerationenvertrages“ zu folgen. Eines Tages wird es sich schon wegen seiner Logik durchsetzen, oder weil die Jungen in wachsendem Maße gegen die Übermacht selbstsüchtiger Älterer aufbegehren werden.

Ohne Familie keine Zukunft

Wolfgang Ockenfels' Buch enthält die Vorträge und Diskussionsergebnisse eines Symposiums, das die „Internationale Stiftung Humanum“ vom 8. bis 10. Juni 2000 in Bonn veranstaltete. Zu Wort kommen namhafte Vertreter aus

Wissenschaft, Kirchen und Parteien. Ihre Beiträge umfassen soziologische, theologische, politische, sozialethische, ökonomische und rechtliche Aspekte von Ehe und Familie im heutigen Deutschland. Auch die Demografie kommt nicht zu kurz.

Niemand, der Wert darauf legt, ernst genommen zu werden, kann bestreiten, dass die Zahl der Eheschließungen in den vergangenen dreißig Jahren stark abgenommen hat. Zu heiraten war früher in Deutschland selbstverständlich, von den heute Dreißigjährigen wird aber voraussichtlich über ein Drittel zeitlebens ledig bleiben und von den Verheirateten früher oder später ein Drittel geschieden werden. Nach Umfrageergebnissen wollen von den Jungen über neunzig Prozent eines Tages Kinder haben, tatsächlich sind von den heute Vierzigjährigen Frauen fast dreißig Prozent kinderlos geblieben und werden so gut wie alle auch keine mehr bekommen. Trotzdem wird der Bedeutungsverlust von Ehe und Familie bestritten. Im Durchschnitt kommen nach abgeschlossener Familienbildung auf hundert Frauen heute 140 Kinder, in den großen Städten nur noch hundert. Da wir wohl auch in den kommenden

Jahren immer älter werden, ist daraus ein wachsender Überschuss der Sterbefälle zu erwarten, die jährlich mehrere Hunderttausend betragen werden. Das ist im Grunde nichts Neues, wird aber allmählich fast panikartig begriffen und widersprüchlich diskutiert. Tagungen und Bücher über die Zukunft der Familie finden heute daher in dichter Folge statt. Insfern könnte man meinen, das hier zu besprechende Buch sei nichts Besonderes. Es zeichnet sich vor anderen jedoch dadurch aus, dass es unter den Autoren fast alle vereint, die zu dem Thema „Risiken und Chancen der Familie“ nicht nur etwas zu sagen haben, sondern dazu auch etwas sagen müssen.

Immer wieder stellt man mit Erstaunen fest, wie wenig über die Strukturen und Entwicklungstendenzen der Familien bekannt ist, obwohl die amtliche Statistik gerade hierüber reichhaltiges Material zur Verfügung stellt. Den ersten Beitrag von H. Braun sollte daher kein Leser überspringen. M. Wingen greift das Thema zu Beginn seines späteren Beitrags noch einmal mit etwas neueren Daten in anderer Zusammensetzung auf. Der Beitrag von A. Habisch leitet über zu den Beiträgen der Theologen Kardinal G. Ster-

zinsky und M. Honnecker mit dem Thema Kirche und Familienförderung. Da heißt es zum Beispiel: „Wenn sich die Kirche um Ehe und Familie sorgt, so ist ihre Sorge einerseits ganz weltlich [...]; sie ist andererseits vom Glauben getragen, weil der Glaube alle Lebensbereiche prägen und durchdringen will.“ Oder: „Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche [...] ist heute nachdrücklich die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Familie für die gesamte Gesellschaft zu richten.“ Der Rezensent hatte kürzlich auf der Veranstaltung einer kirchlichen Akademie den Eindruck, dass Referenten, die Ehe und Familie als überholte Einrichtungen ansahen, kaum widersprochen wurde.

P. Kirchhof bekennt am Schluss seines Beitrags: „Unsere Zukunft liegt in der Hand der Familien.“ Er hatte es leicht; denn er konnte auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts der letzten Jahre verweisen, an denen er maßgeblich mitgewirkt hat. Sie haben in überzeugender Weise dokumentiert, dass es ohne Familie keine Gesellschaft geben kann und andererseits diese Gesellschaft verpflichtet ist, die Leistungen der Familie für die Gesellschaft zu honорieren.

Der weitaus umfangreichste Beitrag von M. Wingen beschäftigt sich mit den sozialordnungspolitischen Aufgaben der Familienpolitik. Er gehört zu denjenigen, die mit Recht auch eine bevölkerungspolitische Orientierung der Familienpolitik fordern, familienpolitische Orientierung auch von der EU erwarten und sich stärker als die anderen Referenten veranlasst sahen, auf demografische Aspekte aufmerksam zu machen.

Mit Enttäuschung werden viele Leser die Referate der Vertreter der beiden großen politischen Parteien zur Kenntnis nehmen. In beiden Fällen vermisst man den „großen Wurf“. Auf die Versäumnisse von Vorgängern hinzuweisen und Parteiprogramme vorzutragen kann der Bedeutung des gestellten Themas nicht Rechnung tragen.

Wer das Buch zu Ende liest, wird jedoch durch das Schlussreferat des Vorsitzenden Ockenfels getröstet. Dort heißt es: „Das primäre soziale Netz bleibt die Familie. Sie zu stärken bedeutet, den wuchernden Sozialstaat zu entlasten. Darum ist Familienpolitik die beste Form der Sozialpolitik. Sie verbessert langfristig auch die ökonomischen Lebenschancen unserer Gesellschaft.“